

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 – Ausbildungssituation beim Land Schleswig-Holstein

Dazu sagt die Sprecherin für berufliche Bildung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 450.18 / 12.12.2018

Wir müssen um Auszubildende werben und sind dabei auf einem guten Weg

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Antwort auf die Große Anfrage beschreibt detailliert die Ausbildungssituation beim Land Schleswig-Holstein. Vielen Dank an Sie, Herr Ministerpräsident, und an die Mitarbeiter*innen in den Ministerien für das Zusammenstellen der umfangreichen Informationen.

Das Land ist als größter Arbeitgeber in Schleswig-Holstein und mit jährlich 2.000 Ausbildungsplätzen auch ein großer Anbieter von Ausbildung. Das ist richtig und wichtig, für die jungen Menschen, die eine hochwertige Ausbildung machen können. Und es ist gut für das Land, das mit anderen Arbeitgebern konkurriert, um alle Stellen mit Fachkräften zu besetzen.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Verankerung des Themas in der Staatskanzlei zeigen, dass die Landesregierung die Fachkräftegewinnung als ein zentrales Projekt ansieht. Die Nachwuchs-Werbekampagne, die in der vergangenen Wahlperiode begonnen wurde und in dieser ausgeweitet wird, zeigt Erfolge. Der demografische Wandel ist beherrschbar und die Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist nach wie vor hoch.

Beherrschbar heißt aber auch, dass das Land sich weiterhin anstrengen muss, um genügend Auszubildende zu bekommen. Wir Grüne begrüßen es, dass die Landesregierung in vielen Bereichen aktiv ist, und dass sie auch der Charta der Vielfalt beigetreten ist. Gute Bezahlung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Einbindung von Menschen

mit Behinderung, Berücksichtigung des Aspekts von Diversity und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund sind wichtige Punkte, um die Landesverwaltung zukunftsfähig aufzustellen.

Um die Jugendlichen zu erreichen, wirbt das Land auf vielen Kanälen. Die Seite „Arbeiten beim Land Schleswig-Holstein“ gibt einen wirklich guten Überblick über das Angebot an Ausbildungsberufen, Studienplätzen und Referendariaten. Dort findet man detaillierte Infos zu Anforderungen, Einstellungsvoraussetzungen und einen Check, ob der Beruf für einen geeignet ist.

Außerdem wirbt das Land auf sozialen Netzwerken und bei YouTube. Unter „Ich arbeite beim Land Schleswig-Holstein“ gibt es einige Image-Filme. Bei der Zahl der Klicks von maximal 2.200 Aufrufen ist noch Luft nach oben. Aber der Weg ist richtig. Genauso wie die Teilnahme an Ausbildungsmessen.

Wir haben schon gehört, dass das Land über 30 Ausbildungsberufe, duale Studiengänge und Referendariate anbietet. Es gibt die Möglichkeit, zwischen handwerklichen, technischen oder Verwaltungsberufen zu wählen. Dabei ist die Zahl der Ausbildungsplätze sehr unterschiedlich. Vom sehr großen Lehrkräftebereich mit insgesamt 2.248 Plätzen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst bis zu sehr kleinen Ausbildungsgängen mit einem einzigen Ausbildungsplatz pro Jahr ist alles dabei.

Es gibt gängige Ausbildungen zum Polizisten oder zur Polizistin. Aber auch unbekanntere, wie die Ausbildung zur Regierungsfischereisekretär*in-Anwärter*in. Ihre Aufgaben betreffen überwiegend den Aufsichtsbereich über die gewerbliche Fischerei. Dabei gibt es Angebote für alle Bildungsabschlüsse. Von der Ausbildung zur Tierpfleger*in oder zur Wasserbauer*in, für die man einen ersten allgemeinbildenden Schulabschluss, den ESA, braucht, über Ausbildungen bei Justiz und Polizei, für die ein mittlerer Schulabschluss vorausgesetzt wird, bis hin zu dualen Studiengängen und Angeboten für Referendariatsplätze in vielen verschiedenen Bereichen, für die man sich mit Fachhochschulreife oder Abitur bewerben kann.

Die Qualität der Ausbildung ist hoch. Das Angebot an Ausbildungsplätzen wird ständig auf den Bedarf hin überprüft und auch inhaltlich weiterentwickelt. Es gibt länderübergreifende Kooperationen. Die Abbrecher*innenquote ist, mit wenigen Ausnahmen, im Schnitt niedrig. Die meisten Auszubildenden werden nach Beendigung der Ausbildung übernommen. In vielen Bereichen zu 100 Prozent, zum Beispiel die Finanzwirt*innen und Diplom-Finanzwirt*innen. Unbefristete Verträge sind in vielen Bereichen die Regel. Da ist das Land als Arbeitgeber vorbildlich. Das ist gut für die Lebensplanung der Beschäftigten und für das Land.

Die große Anfrage zeigt aber auch Baustellen auf: So können in einigen Bereichen nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden. Auch bei den Liegenschaften an den Ausbildungsstandorten zeigt sich Handlungsbedarf. Zum Teil ist die Ausstattung veraltet. An vielen Standorten ist die Auslastung enorm gestiegen. Es ist gut, dass das Land mit Sanierung und Erweiterungsbauten reagiert. Zum Beispiel an der Verwaltungsakademie Bordesholm oder der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin. Auch auf dem Campus Altenholz ist eine Erweiterung in Planung. Die Große Anfrage zeigt: Das Land hat erkannt, dass sie um Auszubildende werben muss und ist dabei auf einem guten Weg.
